

Nepal im Überblick

zusammengestellt von Thomas Döhne

Föderale Strukturreform und Kommunalwahlen

Im Zuge der Vorbereitungen auf die für den 14. Mai 2017 geplanten Kommunalwahlen hat die Regierung entschieden, die Anzahl der kommunalen Einheiten auf 744 festzulegen, und diese Zahl an die Nationale Wahlkommission weitergegeben. Die im Rahmen der föderalen Strukturreform neu gebildeten 744 Kommunen werden mit jeweils 10 Millionen Rupien finanziell unterstützt. Das Geld soll darauf verwendet werden, die im Anschluss an die im Mai stattfindenden Kommunalwahlen neu zu bildenden Stadt- und Gemeinderäte funktionsfähig zu machen. Damit werden Empfehlungen umgesetzt, die zuvor von der Kommission für kommunale Restrukturierung erarbeitet worden waren. Die im Zuge der Strukturreform neu gebildeten kommunalen Verwaltungseinheiten schließen vier Metropolen, 13 Großstädte (*sub-metropolitan cities*), 246 Städte und 481 Dorfräte (*village councils*) ein. Die *village councils* sind auf lokaler Ebene administrativ in 6680 *wards* mit eigenen Ortsbeiräten untergliedert. Früher umfasste Nepal über das ganze Land verteilt 3157 *village development committees* mit jeweils 9 *wards* und 217 Städte mit je nach Größe bis zu 30 *wards*.

Die Kommunalwahlen finden in Nepal erstmals seit 20 Jahren statt. 1997 hatte es letztmals Kommunalwahlen gegeben. 2002 waren unter der von der *Nepali Congress Party* geführten Deuba-Regierung sämtliche lokalen Körperschaften aufgelöst worden. Gemäß den in der neuen Verfassung verankerten Bestimmungen, müssen bis Januar 2018 Kommunalwahlen, Provinzwahlen und Nationalwahlen abgehalten werden.

Fünf Tote durch Polizeischüsse

Bei Protesten gegen die von der wichtigsten Oppositionspartei CPN-UML (*Communist Party of Nepal-Unified Marxist-Leninist*) geleitete *Mechi-Mahakali*-Kampagne wurden am 6. März im Saptari Distrikt im östlichen Terai vier Demonstranten durch Polizeischüsse auf der Stelle getötet, zahlreiche weitere verletzt. Nur Tage später erlag ein weiterer Demonstrant seinen Verletzungen. Inzwischen hat Amnesty International eine Untersuchung der Vorfälle gefordert. „Das war seitens der Polizei eine nicht angemessene Anwendung tödlicher Gewalt. Es muss eine schnelle, effektive und

unabhängige Untersuchung der Vorfälle geben; die Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden“, sagte Aura Freeman, Kampagnenleiterin von Amnesty International Nepal. Die Polizei hatte das Feuer auf Anhänger der *Samyukta Loktantrik Madhesi Morcha* (SLMM) eröffnet, deren Agitation sich gegen die CPN-UML Kampagne gerichtet hatte. Dabei sollen nach Polizeiangaben Steine und Feuerwerkskörper auf Polizisten geworfen worden sein. „Nach internationalem Recht darf die Polizei nur in seltenen Ausnahmen von Schusswaffen Gebrauch machen, etwa wenn unmittelbare Gefahr für Leib und Leben droht“, hieß es in der Erklärung von Amnesty. „Die leichtfertige und willkürliche Anwendung von Schusswaffen durch Sicherheitskräfte muss als kriminelle Handlung bestraft werden... Im Vorfeld der im Mai anstehenden Kommunalwahlen muss mit ähnlichen Protesten gerechnet werden und die Sicherheitskräfte müssen an der Anwendung exzessiver Gewalt gehindert werden.“

Anteil der Frauen an Existenzgründungen steigt

Frauen haben Männer in 18 Distrikten bei der Neugründung von Kleinunternehmen und Aufnahme selbständiger Berufstätigkeit überholt. Dies geht aus einer Analyse der Daten eines Fonds zur Unterstützung der Selbstständigkeit von Kleinunternehmern über den Zeitraum der letzten fünf Fiskaljahre hervor. Die Analyse zeigt, dass der Anteil von Frauen, die mit Hilfe des Fonds ein eigenes Geschäft oder Gewerbe gegründet haben, in 18 Distrikten höher liegt als derjenige von Männern. Jhapa Distrikt im östlichen Terai nimmt dabei die Spitzenposition ein. Dort haben 575 Frauen Kredite zur Existenzgründung beim Fonds aufgenommen; die Anzahl der Männer, die von dort Kredite zur Existenzgründung erhielten, lag dagegen nur bei 499. Morang Distrikt nimmt die zweite Stelle ein, mit 480 weiblichen und 260 männlichen Existenzgründern.

Eine mögliche Erklärung liegt darin, dass Frauen, die in Kooperativen organisiert sind, bevorzugt Kredite erhalten. In Distrikten, in denen die Anzahl von Frauenkooperativen hoch ist, sei auch die Anzahl von weiblichen Existenzgründungen hoch, erklärte Lok Bahadur Khaka, Sprecher des Fonds, diesen Zusammenhang. Tierzucht, Stickereien und kleine Läden seien als Geschäftsfelder bei den Frauen besonders beliebt.

Luft- und Umweltbelastungen durch das Melamchi-Wasserversorgungsprojekt

Die mit der Durchführung eines Megaprojekts zur Trinkwasserversorgung des Kathmandutals beauftragte *Kathmandu Upatyaka Khanepani Limited* (KUKL) hatte bereits im Jahr 2014 einen Umweltmanagementplan (EMP) erstellt, um Maßnahmen zur Identifizierung und Minderung von Luft- und Umweltbelastungen zu ergreifen, die im Rahmen des *Melamchi Water Supply Project* (MWSP) während verschiedener Phasen der Projektdurchführung entstehen. Obwohl der Plan strenge Umweltauflagen enthielt, sind durch deren Nichteinhaltung eine Reihe von zusätzlichen Gesundheitsrisiken für die Bevölkerung entstanden. Im Bericht wird unter anderem das Problem der erhöhten Staubeentwicklung aufgrund von Straßenbauarbeiten, Rohrverlegung und anderer Bautätigkeiten hervorgehoben. Zur Minderung der Staubeentwicklung war regelmäßiges Besprenkeln mit Wasser vorgesehen, doch die betroffenen Anwohner berichten, dass diese Maßnahme nur sporadisch und selten erfolgte. Daher sei die Anzahl respiratorischer Erkrankungen gestiegen, mit erheblichen Langzeitfolgen für die Betroffenen. Im Rahmen des Projektbudgets waren/sind insgesamt knapp 800.000 Euro für Maßnahmen zum Umweltschutz vorgesehen.

Stromversorger NEA verringert Energieverluste

Der staatliche Stromversorger *Nepal Electricity Authority* (NEA) hat vor kurzem berichtet, dass die Energieverluste bei der Verteilung des Stroms an Nutzer und Haushalte in den ersten Monaten des laufenden Haushaltsjahrs gegenüber dem Vorjahr um vier Prozent auf 16,75 Prozent gesunken seien. Diese Verringerung betrifft sowohl technisch als auch nicht-technisch bedingte Verluste und wird von offizieller Seite mit dem Erfolg einer massiven Kampagne zur Kontrolle von Stromverlusten durch Kriechströme und illegales Anzapfen begründet. Eine Analyse der Energieversorgung, des verkauften Stroms und der in der Vergangenheit aufgetretenen Stromverluste in allen Regionalbüros der NEA habe gezeigt, dass dadurch eine erhebliche Reduzierung der Verluste erzielt werden konnte. Der größte Fortschritt wurde dabei im NEA-Regionalbüro von Janakpur erzielt, wo die Energieverluste um 13,62 Prozent auf allerdings immer noch sehr hohe 38,61 Prozent verringert werden konnten. Gleichzeitig konnte die durch die NEA bereitgestellte Energie in den ersten sechs Monaten des Haushaltsjahrs um 15 Prozent erhöht werden. Wie Prabal Adhikari, Spre-

cher der NEA, mitteilte, seien diese Fortschritte durch die große öffentliche Unterstützung der Kampagne zur Verkürzung der insbesondere im Winter und der trockenen Jahreszeit häufigen Stromausfälle ermöglicht worden. „Unsere Kampagne hat das illegale Anzapfen von Stromleitungen als kriminelle Handlung definiert und bewusst gemacht, dass damit der Allgemeinheit großer Schaden zugefügt wird“, erklärte Adhikari. Dies sei mit Maßnahmen zur technischen Verbesserung des Verteilungssystems sowie der Erneuerung von Kabeln und Transformatoren einhergegangen, erläuterte er weiter.

Folter im Terai häufiger als anderswo

Eine Befragung von 766 Häftlingen in verschiedenen Distrikten der tropischen Tiefebene Terai durch die Terai Menschenrechtsallianz (THRD – *Terai Human Right Defenders Alliance*) hat ergeben, dass im Terai häufiger gefoltert wird als im nationalen Durchschnitt. Dieser Umstand wird von den Autoren der Studie mit einem Mangel an Bewusstsein und fehlenden Kenntnissen der Rechtslage in Verbindung gebracht. 23,76 Prozent der 766 in 19 Terai-Distrikten Interviewten hatten berichtet, in diesem Jahr gefoltert worden zu sein. Der nationale Durchschnittswert liegt nach Angaben der Autoren bei 17 Prozent. 13 Prozent der befragten Häftlinge hatten berichtet, sie seien nicht innerhalb von 24 Stunden nach ihrer Verhaftung einem Richter vorgeführt worden und 11 Prozent, sagten sie, seien anschließend nicht medizinisch versorgt worden. Dies stelle eine gravierende Verletzung von Verfassungsgarantien und Grundrechten dar, heißt es in dem Bericht *Torture in Terai 2016* weiter. „Polizeioffiziere versuchen ganz bewusst, den Zugang der Häftlinge zu Anwälten zu verzögern oder zu verhindern, bevor sie ein Geständnis erzwungen haben. Dies trägt zu einer Erhöhung der Anzahl von Folterereignissen bei“, sagte Anup Raj Sharma der Nationalen Menschenrechtskommission bei der Vorstellung des Berichts. Folter wird in Nepal häufig von Sicherheitskräften im Rahmen von Ermittlungen angewendet und wurde bisher nicht zum Straftatbestand erhoben. Folteropfer können vor Gericht zwar Entschädigung einfordern, doch die Täter werden in der Regel nicht belangt.

Wenig Fortschritt bei den „Projekten des nationalen Stolzes“

Viele der von der nationalen Planungskommission definierten Großprojekte erster Priorität, auch *National Pride* Projekte genannt, konnten im Haushaltsjahr 2016-17 nicht umgesetzt werden oder es wurde kaum

Fortschritt erzielt, da entweder die Grundvoraussetzung fehlte oder die nötigen Vorarbeiten nicht geleistet wurden. Viele dieser Projekte müssen jetzt ihre Budgets direkt dem Finanzministerium vorlegen, da sie als *Non-performing Projects* eingestuft wurden. Dazu zählen unter anderem der zweite internationale Flughafen in Nijgadh, das Entwicklungsprojekt für südasiatische Tourismusinfrastruktur und der in Pokhara geplante internationale Flughafen. Außerdem gab es wenig Fortschritt bei der Umsetzung des Baus einer Schnellverbindungsstraße von Kathmandu ins Terai, des Budhigandaki Wasserkraftwerks, des *Bheri Babai Diversion Multipurpose Project*, beim Wiederaufbau von Erdbeben betroffener Gebäude und Infrastruktur sowie bei dem direkt im Büro des Ministerpräsidenten angesiedelten Projekt zur Modernisierung der Landwirtschaft. Aus Angaben des Finanzministeriums geht außerdem hervor, dass die Ausgaben in der ersten Hälfte des laufenden Haushaltsjahrs bei nur 13 Prozent der bereitgestellten Gesamtsumme von 54,18 Milliarden Rupien lagen.

Investorentreffen in Kathmandu

Anfang März fand in Kathmandu ein Gipfeltreffen von Investoren aus sechs Ländern statt, bei dem Zusagen über Investitionen in einer Gesamthöhe von 13,5 Milliarden US-Dollar (knapp 1,5 Billionen Rupien) gemacht worden. Dieser Betrag entspricht mehr als der Hälfte des geschätzten Bruttoinlandsprodukts des Landes in Höhe von 2,25 Billionen Rupien oder 21 Milliarden US-Dollar. „Das ist der Beginn glorreicher Tage für Nepal“, schwärmte Industrieminister Nabindra Raj Joshi, der eine Schlüsselrolle beim Zustandekommen des Investitionsgipfels 2017 gespielt hatte. Gleichzeitig betonte er die besondere Verantwortung der Regierung für die Umsetzung der ambitionierten Investitionsvorhaben. „Wir müssen hart arbeiten, um das günstige Investitionsklima zu pflegen und den ausländischen Investoren die Ein- und Ausreise entsprechend erleichtern.“

Wiederaufbau im Schneckentempo

Abgesehen von der Verteilung von Zuschüssen an Privathaushalte verläuft der Wiederaufbau bei den durch die Erdbeben verursachten Infrastrukturschäden äußerst schleppend. Von insgesamt 34 Milliarden Rupien, die von der Regierung für Reparatur oder Wiederaufbau von Schulgebäuden, staatlichen Einrichtungen, Straßen, wichtigen Kulturstätten sowie Gesundheitseinrichtungen und Wassersystemen bereitgestellt wurden, sind bisher nur eine Milliarde Rupien ausgegeben worden. Das Finanzministerium (MoF) hat daraufhin

sämtliche Behörden angewiesen, bis Mitte März ihre Haushaltsmittel an das MoF zu überweisen, falls die Projekte weiterhin stagnieren. „Die Mittel werden von Projekten mit miserablen Fortschritt abgezogen und an Projekte weitergeleitet, die gut laufen und wo der Mittelabfluss gewährleistet ist“, erklärte ein Sprecher des Finanzministeriums zur geplanten Maßnahme. „Mit Beginn des nächsten Haushaltsjahres wird das MoF nur noch realistische Budgets bewilligen, die auf dem Vorbereitetsein der Projekte und ihrer Implementierungskapazität basieren, sodass die vorhandenen Mittel zielgerichtet verwendet werden können und nicht das geschieht, was mit den „Projekten des nationalen Stolzes“ geschehen ist.“

Verkehrspolizisten stark gefährdet

Etwa 1000 Verkehrspolizisten, Frauen und Männer, versehen im Kathmandutal ihren schwierigen Dienst. Sie sind dadurch hohen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt, vor allem der Gefahr von Lungen- und Herzkrankungen aufgrund der hohen Schadstoffkonzentration und der Feinstaubbelastungen, denen sie im Straßenverkehr weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Feinstaubpartikel im Größenbereich zwischen 10 und 2,5 Mikron, das heißt 30mal kleiner als ein Haar und kleiner, gelten dabei als besonders gefährlich, da sie sich leicht in den Lungen festsetzen und das Herzkreislaufsystem schädigen. „Die diensthabenden Verkehrspolizisten sind besonders gefährdet, da sie den größten Teil des Tages an viel befahrenen Straßen stehen. Das sind oft auch Stellen mit der höchsten Luftverschmutzung.“ erklärte Dr. Karki vom Gesundheitsministerium und prangerte die schlechte Ausstattung der Polizisten an, die zumeist mit einfachen Stoffmasken ausgestattet sind, welche keinerlei Schutz vor dem gefährlichen Feinstaub bieten: „Diese Stoffmasken sind völlig nutzlos; effektiven Schutz vor dem Feinstaub bieten nur N95-Masken, die mit wirksamen Filtern ausgestattet sind und 2000 Rupien und mehr kosten“, führte Karki weiter aus. Eine amerikanische Organisation habe im Rahmen eines Forschungsprojekts 1000 solcher N95-Masken für Verkehrspolizisten bereitgestellt. Ironischerweise war der einzige Polizist, den ich jemals mit einer solchen Maske sah, eine Verkehrspolizisten-Puppe in Maitighar Mandala.“, sagte Karki etwas resigniert. Der Sprecher der Verkehrspolizei von Kathmandu, Lokendra Malla, bestätigte die Notwendigkeit, seine Mitarbeiter/-innen mit hochwertigeren Masken auszurüsten, um die Gesundheitsrisiken zu mindern. Er beeilte sich jedoch sogleich hinzuzufügen: „Wir haben kein Budget, und es ist schließlich Aufgabe des Staates, für unsere Gesundheit zu sorgen.“